

Caring for Future: Feministische Ökonomie und Klimakrise

Corinna Dengler

Abstract

Dieser Beitrag widmet sich der Klimakrise und der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation, sowie der Frage, wie diese mit Feministischer Ökonomie zusammenhängen. Die Feministisch-Ökologische Ökonomie wird als heterodox-ökonomische Theorieschule vorgestellt, die auf systemischer Ebene nach Verbindungslinien zwischen Care- und Klimakrise sucht und dabei aufzeigt, dass unser aktuelles Wirtschaftssystem auf der strukturellen Unsichtbarmachung und Aneignung von Natur und unbezahlter Sorgearbeit basiert. An konkreten Politikmaßnahmen des Raum- und Zeit-Schaffens wird diskutiert, was intersektional-feministische Betrachtungsweisen zu Debatten um Klimakrise und sozial-ökologische Transformation beitragen können – insbesondere, wenn sie von vorneherein mitgedacht werden.

Einleitung

Der Sommer 2023 hat Geschichte geschrieben: Waldbrände in Hawaii und Griechenland, Hochwasser – teils mit heftigen Erdbeben – in China, Österreich, Slowenien und Indien, sowie Dürren in Äthiopien und Spanien sind nur einige Beispiele, die zeigen: Die Klimakrise ist jetzt und Extremwetterereignisse nehmen zu. Auch wenn es immer noch Menschen gibt, die diese Ereignisse damit abtun, dass es Klimaveränderungen schon immer gegeben hätte, ist sich die Wissenschaft einig: Die aktuellen klimatischen Veränderungen sind in den letzten Jahrtausenden beispiellos und in erster Linie durch menschengemachte Treibhausgasemissionen verursacht (IPCC 2023: 46). Der Weltklimarat attestiert ein sich rasch schließendes Zeitfenster, um eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für Alle sicherstellen zu können (ebd.: 88). Wir stehen als Gesellschaft vor der geradezu paralysierenden Aufgabe, diesem Wissen Taten folgen zu lassen.

Es gibt zwei wissenschaftlich sehr gut belegte Tatsachen, die uns bei dieser Mammutaufgabe dienlich sein können. Erstens: Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Krise. Der Club of Rome, der bereits 1972 in seinem Bericht *Die Grenzen des Wachstums* eindrücklich darlegte, dass es kein unendliches Wirtschaftswachstum auf einem endlichen Planeten geben kann, veröffentlichte 2022 zum 50-jährigen Jubiläum den Bericht *Earth for All: Ein Survivalguide für unseren Planeten* (Club of Rome 2022). Ein Hauptaugenmerk liegt darauf, dass Klimakrise und soziale Krise aufs Engste miteinander verwoben sind und wir sozial-ökologische Lösungsansätze und Umverteilung brauchen, wenn wir die Klimakrise wirklich ernsthaft bearbeiten wollen. Wichtig dabei ist zudem, dass die Klimakrise ein inhärent globales Phänomen ist – noch dazu ein doppelt ungerechtes: Die Länder und Bevölkerungsschichten, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen (und historisch am wenigsten beigetragen haben), sind gemeinhin am meisten von ihm betroffen (Roser/Seidel 2013). Vor diesem Hintergrund

wird eine Rücknahme der „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) des Globalen Nordens zum ethischen Imperativ: Umverteilung darf daher nicht nur national, sondern muss auch global gedacht werden.

Zweitens: Die Klimakrise ist durch unser auf Wachstum ausgelegtes Wirtschaftssystem bedingt. Ein Bericht des Europäischen Umweltbüros (Parrique et al. 2019) sowie in renommierten Fachzeitschriften publizierte Studien (z.B. Haberl et al. 2020; Keyßer/Lenzen 2021) zeigen deutlich, dass es bis heute eine starke Korrelation zwischen dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und dem Verbrauch von materiellen Ressourcen, Energie und CO₂-Emissionen gibt. Technologische Innovation und Effizienzfortschritte haben in den letzten Jahrzehnten zu großen Erfolgen in Bezug auf „relative Entkopplung“ (i.e. BIP und Naturverbrauch wachsen weiter, allerdings wächst der Naturverbrauch langsamer als das BIP) geführt. Um der Klimakrise angemessen zu begegnen, bräuchten wir aber „absolute Entkopplung“ (i.e. BIP wächst weiter, während der Naturverbrauch konstant bleibt oder sogar sinkt). Diese findet wegen diverser Rebound-Effekte (vgl. Santarius 2012) jedoch äußerst selten, wenn dann nur in gewissen Sektoren und Regionen und jedenfalls viel zu langsam statt, um die gesteckten Klimaziele auch nur annähernd zu erreichen (Keyßer/Lenzen 2021).

Ausgehend von der Erkenntnis, dass wir eine sozial-ökologische Transformation brauchen und dass diese unser Wirtschaftssystem als Ganzes in Frage stellt, möchte ich dafür plädieren, dass wir die gesellschaftliche Abwehrhaltung gegenüber dem Wort „radikal“ überdenken. Radikal kommt vom lateinischen Wort *radix*, die Wurzel, und bedeutet, etwas an der Wurzel zu packen. Wenn die Klimakrise eines zeigt, dann das kosmetische Maßnahmen nicht weiterbringen – das Gleiche in Grün ist nicht genug, es braucht eine radikale Klimapolitik, die nicht bei den Symptomen, sondern eben an der Wurzel der Klimakrise ansetzt. An der Wurzel der Klimakrise liegt ein Wirtschaftssystem, das auf einem Wachstumsimperativ aufbaut und sich nur durch immer mehr Wirtschaftswachstum stabilisieren kann. Dieser Beitrag will dieses Wirtschaftssystem durch die Theoriebrille der Feministisch-Ökologischen Ökonomie analysieren. Ziel ist es einerseits aufzuzeigen, dass die Klimakrise eng mit anderen gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen wie Klassenverhältnissen, Patriarchat und Kolonialität/Rassismus zusammenhängt. Andererseits geht es dem Artikel darum, Leitlinien für eine sozial-ökologische Transformation zu formulieren, die nicht nur sozial und ökologisch, sondern auch feministisch ist.

Von der Ökologischen und Feministischen zur Feministisch-Ökologischen Ökonomie

Die heterodox-ökonomische Theorieschule der Ökologischen Ökonomie ist in den 1970er Jahren in Abgrenzung zur neoklassischen Ressourcen- und Umweltökonomie entstanden. Während es bei letzterer vor allem um das Korrigieren von Marktversagen und Preisen durch das „Internalisieren von Externalitäten“ geht, versteht die Ökologische Ökonomie Natur als Anfang und Ende jedes Produktionsprozesses – die „Externalitäten“ sind keine Ausnahmen, sondern ein inhärenter Teil dessen, was Wirtschaften ausmacht. Beiträge ökologischer Ökonom*innen wie Kenneth Boulding (1966), Nicholas Geor-

gescu-Roegen (1971), Clive Spash (1999) und Inge Røpke (2004) zeigen, dass die Ökologische Ökonomie von einer fundamentalen Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft, Natur und biophysikalische Prozesse ausgeht – und die Wirtschaft auch als durch diese Sphären begrenzt begreift. In ihren Analysen integriert die Ökologische Ökonomie neben der heterodoxen Volkswirtschaftslehre auch Disziplinen wie Ökologie, Ethik und politische Theorie (Spash 1999). Sie folgt den Prämissen der starken Nachhaltigkeit und damit der Nicht-Substituierbarkeit von Natur durch andere Kapitalarten, stellt Fragen inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit ins Zentrum und hat das normative Ziel eines guten Lebens für Alle innerhalb planetarer Grenzen.

Die Erkenntnisse ökologischer Ökonom*innen schlagen sich heute nicht zuletzt in Diskussionen um Degrowth/Postwachstum (Schmelzer/Vetter 2019) nieder. Es handelt sich bei Degrowth jedoch nicht um Negativwachstum in einem Wachstumsparadigma (i.e. eine Rezession) oder um eine allumfassende Verringerung des Energie- und Materialdurchsatzes in jedem Sektor oder jeder Weltregion. Stattdessen geht es darum, wichtige Bereiche der Grund- und Nahversorgung wachstumsunabhängig zu machen und ein „Wachstum um jeden Preis“-Modell durch ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zu ersetzen, das planetare Belastungsgrenzen respektiert und nach ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Alternativen zum Status Quo sucht. Dabei stehen Schrumpfung und Umbau von besonders umweltschädlichen Sektoren – in Österreich z.B. dem Verkehrssektor, der laut Klimaschutzberichts des Umweltbundesamt für 28,2 % der nationalen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist (UBA 2022: 7) – im Fokus. Gleichzeitig ist in Degrowth-Debatten völlig unbestritten, dass beispielsweise der Care-Sektor besser entlohnt und personell aufgestockt werden (ergo als Wirtschaftsbereich wachsen) soll. Degrowth-Debatten basieren auf den oben genannten Arbeiten früher ökologischer Ökonom*innen. Gleichzeitig sind sich in internationalen Debatten (insbesondere jüngere) ökologische Ökonom*innen zunehmend einig, dass gutes Leben für Alle im aktuellen Stadium der Klimakrise ohne Degrowth kaum zu realisieren ist. Bereits 2021 fand die 16. Konferenz der Internationalen Gesellschaft für Ökologische Ökonomie (ISEE) gemeinsam mit der 7. Internationalen Degrowth-Konferenz statt – wegen der Pandemie digital anstatt in Manchester. Auch im Juni 2024 werden die Degrowth-Community und die Europäische Gesellschaft für Ökologische Ökonomie (ESEE) gemeinsam in Pontevedra tagen.

Die Feministisch-Ökologische Ökonomie entstand ab den 1990er Jahren inspiriert durch feministische Ökonom*innen, die sich mit ökologischen Themen auseinandersetzten und ökologischen Ökonom*innen, die sich feministischen Fragestellungen widmeten. Wegbereitend für die Feministisch-Ökologische Ökonomie war die 1997 von Patricia Ellie Perkins herausgegebene Sonderausgabe der Fachzeitschrift *Ecological Economics* zum Thema *Women, Ecology and Economics*. Alle Beiträge der Ausgabe – so z.B. die von Maren Jochimsen und Ulrike Knobloch (1997), Sabine O’Hara (1997) und Hilikka Pietilä (1997) – nehmen unbezahlte Care-Arbeit als Ausgangspunkt und Basis für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise – eine Annahme, die die Beiträge solide in der Feministischen Ökonomie verortet. Im deutschsprachigen Raum war das 1992 gegründete *Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften* mit seinen drei Handlungsprinzipien (1) Vorsorgen statt Nachsorgen, (2) Kooperieren statt Konkurrieren und (3) Orientierung an dem, was für ein gutes Leben notwendig ist, wegweisend für Debatten der Feministisch-Ökologischen Ökonomie (Busch-Lüty et al. 1994; Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013; Knobloch et al. 2023).

Ein Hauptaugenmerk der Feministisch-Ökologischen Ökonomie liegt auf der These, dass jeder Produktionsprozess in der ‚monetären Ökonomie‘ auf unbezahlter Sorgearbeit und einem kostenlosen Zugriff auf Natur basiert, die – wenn überhaupt – nur als Externalitäten in die ökonomische Analyse einfließen. Die im Mai 2023 verstorbene Ökofeministin Maria Mies hat hierfür die Metapher der Eisberg-Ökonomie geprägt: Das, was wir gemeinhin Wirtschaft nennen, nämlich den Teil der Ökonomie, der monetär erfasst oder erfassbar ist, stellt nur die Spitze des Eisbergs dar. Dabei bleibt der größte Teil des Eisbergs, nämlich der Teil, der die Grundlage bildet, gänzlich unsichtbar. Diese Unter-Wasser-Ökonomie beinhaltet die unbezahlte Sorgearbeit, die bis heute zumeist von Frauen verrichtet wird, Natur, Subsistenzarbeit, aber auch die Ausbeutung und Aneignung von prekärer Arbeit z.B. in Textilfabriken in Bangladesch. Mies schreibt in der deutschen Neuauflage des 1986 auf Englisch erschienenen Buchs *Patriarchy and Accumulation on a World Scale*: „Alle ‚Arbeit‘, alle ‚Produktion‘, die unter der Wasseroberfläche stattfindet, geht nicht in die kapitalistische Berechnung von Kosten ein. Sie steht dem Kapital ‚frei‘ zur Verfügung. [...] Doch all diese unbezahlte ‚Unter-Wasser-Arbeit‘ ist notwendig für die ungebremste Akkumulation von Geld und Profit“ (Mies 2015: 13). Wie Sabine O’Hara (2004) betont, geht es der Feministisch-Ökologischen Ökonomie darum, diese „Externalitäten“ – und dabei insbesondere unbezahlte Arbeit – ins Zentrum der ökonomischen Theoriebildung zu holen und die hierarchische Dominanz der monetären Ökonomie über seine nicht-monetäre Grundlage aufzuheben.

Sozial-ökologische Transformation: Feministisch gedacht!

Was bedeutet es nun, sich die Klimakrise durch die Theoriebrille der Feministisch-Ökologischen Ökonomie anzuschauen? Sehr allgemein gesprochen bedeutet es, dass wir in Anbetracht der sich zuspitzenden Klimakrise unser Wirtschaftssystem, das sich Natur und unbezahlte Arbeit permanent aneignet und gleichzeitig unsichtbar macht, ausbeutet und zerstört, grundlegend hinterfragen müssen. Konkreter gesprochen geht es darum, eine feministische Betrachtungsweise als Querschnittsthema zu begreifen, wenn wir über Klimakrise und sozial-ökologische Transformation diskutieren. In Bezug auf österreichische und internationale Klimapolitik konstatieren Elisabeth Klatzer und Lisa Mo Seebacher (2021: 94), dass die vorhandenen Ansätze „völlig unzureichend [sind], um Klimapolitik zukunftsweisend geschlechtergerecht zu gestalten.“

Wenn ich von einer feministischen Betrachtungsweise schreibe, ist mein Verständnis von Feminismus ein inhärent intersektionales. Inspiriert von der Arbeit Schwarzer Feminist*innen (z.B. Combahee River Collective 1977; Crenshaw 1989; für eine deutsche Übersetzung wichtiger Grundlagentexte vgl. Kelly 2019) verstehe ich unter Intersektionalität, dass zentrale Formen struktureller Diskriminierung – neben Geschlecht beispielsweise auch Klasse, Race, Alter und/oder (Dis)Ability – wechselseitig miteinander verschränkt sind. Das bedeutet, dass eine feministische Betrachtungsweise der Klimakrise sich nicht darin erschöpfen kann, ungleiche Geschlechterverhältnisse zu analysieren. Vielmehr geht es darum, das Zusammenspiel von zerstörerischen gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Patriarchat, Rassismus/Kolonialität, Klassenverhältnisse und Ableismus in den Blick zu nehmen und eine intersektional-feministische Analyse zu wagen.

Was sind nun feministische Perspektiven auf die sozial-ökologische Transformation

und wie können sie gestärkt werden? Ich möchte hier – in Anlehnung an (m)eine Keynote für die Tagung Klima & Gender der Stadt Wien, die im September 2022 im Wiener Rathaus stattfand – zwei konkrete Politikmaßnahmen für eine sozial-ökologische Transformation diskutieren und darauf prüfen, was feministische Diskussionen dazu beitragen, wenn sie denn von vorneherein mitgedacht werden: Die erste Maßnahme ist eine Politikmaßnahme, um Zeit für sozial-ökologische Transformation zu schaffen – nämlich die einer verkürzten Erwerbsarbeitszeit. Bei der zweiten Maßnahme geht es darum, neben Zeit auch Raum zu schaffen, zum Beispiel für kollektives (Ver-)Sorgen.

Die Verkürzung von Erwerbsarbeitszeit ist eine viel diskutierte Politikmaßnahme sowohl im Zusammenhang mit einer sozial-ökologischen Transformation als auch in feministischen Debatten, da weniger Zeit in der Erwerbsarbeit (mehr) Zeit für alle anderen Formen von Arbeit schafft, beispielsweise für unbezahlte Sorgearbeit, Subsistenzarbeit, Ehrenamt und politischen Aktivismus (Winker 2021). Auch in Österreich ist die Debatte aktuell wieder heiß geführt – während die Wirtschaftskammer Erwerbsarbeitszeitverkürzung als „volkswirtschaftliches Todesurteil“ betitelt, spricht sich die Arbeiterkammer für eine „kurze Vollzeit“ aus. Aus Perspektive der Feministisch-Ökologischen Ökonomie birgt eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung großes Potential dafür, die Wirtschaft von der gesellschaftlich notwendigen unbezahlten Arbeit her zu denken und der ‚Unter-Wasser-Ökonomie‘ gesellschaftlichen Wert zuzusprechen, ohne sie zu monetarisieren.

Was können wir von einer feministischen Betrachtungsweise lernen? Zuallererst: Die konkrete Ausgestaltung der Politikmaßnahme ist nicht geschlechtsneutral. Wenn Degrowth-Vertreter*innen beispielsweise mit einem „Friday Off“-Proposal (Kallis et al. 2013) die Vier-Tage-Woche vorschlagen, so ist mitzudenken, dass der Großteil der unbezahlten Sorgearbeit Tag für Tag und nicht etwa nur freitags anfällt. Von der unbezahlten (Sorge-)Arbeit her gedacht wäre eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit pro Tag feministischer (Dengler/Strunk 2018). Gleichzeitig ist sie – wie der Bericht *Strukturen für ein klimafreundliches Leben* des *Austrian Panel on Climate Change* (APCC) kürzlich attestierte – nicht unbedingt weniger klimafreundlich, da zu erwarten ist, dass die freigewordene tägliche Zeit (im Vergleich zu z.B. einem freien Freitag) weniger ressourcenintensiv (z.B. zum Ausruhen, Zeit mit der Familie verbringen, oder selber kochen) genutzt wird (APCC 2023: 300). Das Prüfen von vermeintlich geschlechtsneutralen Politikvorschlägen auf geschlechtsspezifische Auswirkungen wird von feministischen Ökonom*innen seit Jahrzehnten postuliert und sollte in allen konkreten Politikvorschlägen zur Bearbeitung der Klimakrise Beachtung finden.

Des Weiteren lehrt uns eine feministische Betrachtungsweise, dass wir vorsichtig sein müssen, von einer *Arbeitszeitverkürzung* zu sprechen, wenn wir eine Verkürzung der *Erwerbsarbeit* meinen. Hier wird der Begriff der Arbeit direkt auf die Erwerbsarbeit verengt, obwohl es doch aus feministischer Sicht wünschenswert wäre, nicht nur eine Umverteilung der Erwerbsarbeit, sondern auch der unbezahlte Sorgearbeit, eigentlich „eine Umverteilung der gesamten Lebenszeit und aller Tätigkeiten“ (Haug 2011: 244), anzustreben. Eine intersektionale Betrachtungsweise nimmt zudem auch Klassenverhältnisse in den Blick und fragt, wer es sich derzeit leisten kann (oder aufgrund von Sorgearbeit: leisten muss), Erwerbsarbeitszeit zu verkürzen. Aus dieser Perspektive wird deutlich, dass eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung nur dann intersektional-feministischen

Ansprüchen genügen kann, wenn sie (a) allgemein (i.e. Erwerbsarbeit verkürzen und unbezahlte Sorgearbeit fair-teilen, statt mehr Teilzeit für Frauen) und (b) unter vollem Lohnausgleich für Geringverdiener*innen erfolgt.

Neben der Zeit, die es für die sozial-ökologische Transformation und die geschlechtergerechte Verteilung der unbezahlten Sorgearbeit braucht, benötigt sie auch das Schaffen (oder Nehmen) von Raum. Frei nach dem Motto „Mehr Care statt Verkehr“ gilt es sich beim Schaffen vom Raum weniger am motorisierten Individualverkehr, der oft den Mann und seine Pendelwege ins Zentrum stellt, sondern an den kleinteiligeren und multimodalen Mobilitätsbedürfnissen von denen, die Sorgearbeit leisten, zu orientieren (Aljets 2020). Feministische Perspektiven auf Stadtplanung zeigen immer wieder, dass die derzeitige Stadt- und Verkehrsplanung den Mann (und das Auto) als Norm setzt und die Perspektive von Frauen und marginalisierten Gruppen strukturell vernachlässigt (Kern 2021). Und auch wenn Wien oft als Vorreiterin in der feministischen Stadtplanung genannt wird, gilt es zu fragen, ob die von Klimagerechtigkeitsbewegungen stark kritisierte Lobau-Autobahn (die 2021 nach starken Protesten sozialer Bewegungen politisch verhindert wurde) oder auch nur der Ausbau der Stadtstraße, auf den die Stadt Wien bis heute beharrt, genehmigt würde, wenn feministische Verkehrspolitik der Ausgangspunkt wäre.

Doch wie kann Care in feministisch-ökologischer Stadtplanung ins Zentrum gestellt werden? Feministische Ökonom*innen arbeiten viel mit dem sogenannten Care-Diamanten oder Vier-Sektoren-Modell. In diesem Modell wird darauf hingewiesen, dass Sorgearbeit entweder ‚privat‘ – also unsichtbar – im Haushaltssektor oder ‚öffentlich‘ und monetär bewertet im Markt-, Staats- oder Non-Profit-Sektor stattfindet (Razavi 2007). Dieses Modell, das unbezahlte Sorgearbeit mit in Privathaushalten geleisteter Sorgearbeit gleichsetzt, kritisieren insbesondere marginalisierte Gruppen wie zum Beispiel die queere Community (z.B. Shiu et al. 2016). Nina Banks (2020) argumentiert, dass die Sphäre der *Community* (Gemeinschaft, Nachbar*innenschaft) für Schwarze Frauen in den USA schon immer ein ebenso zentraler Ort der sozialen Reproduktion war, wie der Privathaushalt. Raum schaffen für kollektives Versorgen im öffentlichen Raum bedeutet zum Beispiel Parkplätze in Begegnungszonen zu verwandeln, Mobilität für Alle zu fördern und gleichzeitig die Partizipation in der Planung radikal auszuweiten – denn, wie wir aus der feministischen Wissenschaftstheorie wissen: „privilege is a great blinder“ (Sprague 2016: 89). Die feministische Stadtplanung in Wien würde vermutlich völlig anders aussehen, würden Menschen im Rollstuhl von vorneherein und wirkmächtig an der Stadt- und Verkehrsplanung beteiligt sein.

Fazit

Feministische Ökonomie und Klimakrise – wie sie im Titel dieses Beitrags stehen – können ohneeinander nicht gedacht oder tiefgreifend verstanden werden. Dennoch sind die Verbindungslinien, die zwischen beiden gezogen werden, oft oberflächlich und gehen nur selten über Betroffenheitsanalysen oder die individuelle Verhaltensebene hinaus. Eine systemischere Betrachtungsweise, wie sie die Feministisch-Ökologische Ökonomie bietet, kann helfen, intersektionalen Feminismus als Querschnittsthema in Klimafragen, aber auch sozial-ökologische Debatten als Prüfstein für die Zukunfts-

fähigkeit feministischer Ökonomie heranzuziehen. Die Beispiele der Erwerbsarbeitszeitverkürzung und der Stadtplanung verdeutlichen, dass weder Zeit noch Raum geschlechtsneutral sind. Als Feminist*innen gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass es keinen Automatismus gibt, dass eine sozial-ökologische Transformation geschlechtergerecht sein wird. Es bleibt daher zentral, feministische Positionen immer wieder – als integralen Bestandteil, statt als ‚Add-On‘ – mit in die Debatte einzubringen. Denn *Caring for Future* bedeutet, die ökologische Notwendigkeit einer radikalen Transformation unseres derzeitigen Wirtschaftssystems anzuerkennen, bei diesem fundamentalen Umbau jedoch intersektionalen Feminismus als Leitlinie für sozial-ökologische Transformation zu etablieren und Care ins Zentrum zu stellen.

Literatur

- Aljets, Janna (2020): Raum nehmen! Warum wir eine feministische Verkehrsplanung brauchen. In: Bahn Frei! Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 42–47.
- APCC (2023): APCC Special Report Strukturen für ein klimafreundliches Leben [Görg, Christoph/Madner, Verena/Muhar, Andreas/Novy, Andreas/Posch, Alfred/Steiniger, Karl/Aigner, Ernest (Hrsg.)]. Berlin/Heidelberg: Springer Spektrum.
- Banks, Nina (2020): Black Women in the United States and Unpaid Collective Work: Theorizing the Community as a Site of Production. In: Review of Black Political Economy 47 (3): 343–362.
- Boulding, Kenneth (1966): The Economics of the Coming Spaceship Earth: In: Jarrett, Henry (Hrsg.): Environmental Quality in a Growing Economy. Baltimore: John Hopkins University Press, 3–14.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Busch-Lüter, Christiane/Jochimsen, Maren/Knobloch, Ulrike/Seidl, Irmi (1994): Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit. In: Politische Ökologie, Sonderheft 6.
- Club of Rome (2022): Earth for All: Ein Survivalguide für unseren Planeten. München: oekom.
- Combahee River Collective (1977): A Black Feminist Statement. In: Nicolson, Linda (Hrsg.): The Second Wave: A Reader in Feminist Theory. New York: Routledge.
- Crenshaw, Kimberle (1989): Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. In: University of Chicago Legal Forum, 139–167.
- Dengler, Corinna/Strunk, Birte (2018): The Monetized Economy Versus Care and the Environment: Degrowth Perspectives on Reconciling an Antagonism. In: Feminist Economics 24 (3): 160–183.
- Georgescu-Roegen, Nicholas (1971): The Entropy Law and the Economic Process. Cambridge: Harvard University Press.
- Haberl, Helmut/Wiedenhofer, Dominik/Virág, Doris/Kalt, Gerald/Plank, Barbara/Brockway, Paul/Fishman, Tomer/Hausknost, Daniel/Krausmann, Fridolin/Leon-Gruchalski, Bartholomäus/Mayer, Andreas/Pichler, Melanie/Schaffartzik, Anke/Sousa, Tânia/Streeck, Jan/Creutzig, Felix (2020): A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: synthesizing the insights. In: Environ. Res. Lett. 15 (6), 065003.
- Haug, Frigga (2011): Die Vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik. In: Das Argument 291: 241–250.
- IPCC (2023): Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Geneva: IPCC, 35–115.
- Jochimsen, Maren/Knobloch, Ulrike (1997): Making the Hidden Visible: The Importance of Caring Activities and Their Principles for Any Economy: In: Ecological Economics 20 (2), 107–112.
- Kallis, Giorgos/Kalush, Michael/O’Flynn, Hugh/Rossiter, Jack/Ashford, Nicholas (2013): ‘Friday Off’: Reducing Working Hours in Europe. In: Sustainability 5 (4): 1545–1567.
- Kelly, Natasha (2019): Schwarzer Feminismus: Grundlagentexte. Münster: Unrast.
- Kern, Leslie (2021): Feminist City: Claiming Space in a Man-Made World. London: Verso.
- Keyßer, Lorenz/Lenzen, Manfred (2021): 1.5°C degrowth scenarios suggest the need for new mitigation pathways. In: Nature Communications 12 (1), 1–16.

- Klatzer, Elisabeth/Seebacher, Lisa M. (2021): Geschlechtergerechtigkeit: unverzichtbar auf dem Weg zu Klimagerechtigkeit. In: Armutskonferenz/Attac/BEIGEWUM (Hrsg.): Klimasoziale Politik: Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien: bahoe books, 85–95.
- Knobloch, Ulrike/Jochimsen, Maren/Dengler, Corinna (2023): 30 Jahre Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften: Eine Reflexion über den Beitrag des Netzwerks zu Theorie und Praxis feministisch-ökologischen Wirtschaftens. In: Meier-Gräwe, Uta/Praetorius, Ina/Tecklenburg, Feline (Hrsg.): Wirtschaft neu ausrichten: Care-Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Opladen: Barbara Budrich, 33–44.
- Mies, Maria (2015) [1986]: Patriarchat und Kapital. München: BGE Verlag.
- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (2013): Wege Vorsorgenden Wirtschaftens. Marburg: Metropolis.
- O'Hara, Sabine (1997): Toward a Sustaining Production Theory. In: *Ecological Economics* 20 (2), 141–154.
- O'Hara, Sabine (2004): Feminist Ecological Economics – Economics in Context. In: Jochimsen, Maren/Kesting, Stefan/Knobloch, Ulrike (Hrsg.): *Lebensweltökonomie*. Bielefeld: Kleine Verlag, 103–128.
- Parrique, Timothee/Barth, Jonathan/Briens, François/Kerschner, Christian/Kraus-Polk, Alejo/Kuokkanen, Anna/Spangenberg, Joachim (2019): Decoupling debunked: Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. Brussels: European Environmental Bureau.
- Perkins, Patricia Ellie (1997): Introduction. Women, Ecology and Economics: New Models and Theories. In: *Ecological Economics* 20 (2), 105–106.
- Pietilä, Hilikka (1997): The Triangle of the Human Economy: Household – Cultivation – Industrial Production: An Attempt at Making Visible the Human Economy in Toto. In: *Ecological Economics* 20 (2), 113–27.
- Razavi, Shahra (2007): The Political and Social Economy of Care in a Development Context. Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options. Genf: UNRISD.
- Røpke, Inge (2004): The Early History of Modern Ecological Economics. In: *Ecological Economics* 50 (3–4), 293–314.
- Roser, Dominic/Seidel, Christian (2013): Ethik des Klimawandels. Eine Einführung. Darmstadt: WGB.
- Santarius (2012): Green Growth Unraveled: How Rebound Effects Baffle Sustainability Targets when the Economy Keeps Growing. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.
- Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Shiu, Chengshi/Muraco, Anna/Fredriksen-Goldsen, Karen (2016): Invisible Care: Friend and Partner Care Among Older Lesbian, Gay, Bisexual, and Transgender (LGBT) Adults. In: *Journal of the Society for Social Work and Research* 7 (3), 527–546.
- Spash, Clive (1999): The Development of Environmental Thinking in Economics. In: *Environmental Values* 8, 413–435.
- Sprague, Joey (2016): Feminist Methodologies for Critical Researchers: Bridging Differences. Lanham: Rowman & Littlefield.
- UBA (2022): Klimaschutzbericht 2022. Wien: Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.
- Winker, Gabriele (2021): Solidarische Care-Ökonomie: Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima. Bielefeld: Transcript.